

Häusliche Gewalt nimmt zu

Im Land fehlen über 600 Plätze in Frauenhäusern / Überlastung auch in Mittelbaden / Problem d

Von Florian Krekel
und Julia Glertz

Stuttgart/Rastatt – Schläge, Tritte, Ohrfeigen – immer mehr Frauen (und auch Männer) werden im Südwesten Opfer häuslicher Gewalt. Eine Folge davon ist, dass die Frauen- und Kinderschutzhäuser im Südwesten voll ausgelastet sind. Das Sozialministerium beziffert die Zahl der fehlenden Plätze auf 633. Vorhanden sind demnach 541 Plätze für Frauen und 411 Plätze für Kinder in den 42 vom Land geförderten Frauenhäusern. Eine Entwicklung, die auch im Frauen- und Kinderschutzhäuser Rastatt/Baden-Baden deutlich spürbar ist.

Hintergrund

Schon im September beim Jubiläum zum 25-jährigen Bestehen sprachen die Verantwortlichen in Rastatt von einer Auslastung in Höhe von 102 Prozent. Der Bedarf an Plätzen war so hoch, dass demnach sogar 50 hilfesuchende Frauen abgewiesen werden mussten. Sie wurden und werden in der Regel an andere Einrichtungen, zum Teil in anderen Bundesländern, vermittelt, wie die Vorsitzende des hiesigen Trägervereins, Brigitte Schäuble, gegenüber dem BT erklärte.

Zu viel Bürokratie bei Kostenübernahme

Laut Andrea Bosch von der Koordinierungsstelle autonomer Frauenhäuser in Mannheim sind Absagen an der Tagesordnung. Manchmal sei wochenlang kein einziger freier Platz in ganz Baden-Württemberg gemeldet. Sie stellt fest: „Wir können nicht allen bedrohten Frauen, die sich an uns wenden, Schutz geben.“

Ob sich daran schnell etwas ändert, ist nicht nur in Rastatt fraglich. Zu kompliziert sind die Finanzierungsmodelle der Frauenhäuser. Die Kosten würden nicht pauschal, sondern von den Kommunen über Tagesätze für die einzelne Frau



Hohe Dunkelziffer: Die Beamten können nur dann eingreifen, wenn Frauen häusliche Gewalt melden, oder etwa Nachbarn aufmerksam werden.

Foto: Karmann/dpa

erstattet, sagt Andrea Bosch. Somit werde das wirtschaftliche Risiko auf die Frauenhäuser abgewälzt.

Für Frauen, die kein Arbeitslosengeld II beziehen oder aus einem anderen Landkreis kommen, ist die Finanzierung besonders schwierig. Die vom Land vorgesehenen Mittel für die Frauenhäuser – 2020 vier Millionen Euro und 2021 acht Millionen Euro – sind laut Bosch eine Enttäuschung. In den Jahren 2018/2019 flossen jährlich über 1,2 Millionen Euro Landesmittel in Frauenhäuser.

Auch Brigitte Schäuble sieht die Finanzierung als Knackpunkt: Eine vereinheitlichte und geordnete Kostenübernahme würde die Einrichtungen entlasten. Bisher liefe das auch in Rastatt über Jobcenter und Sozialamt und bedeute einen erheblichen bürokratischen

Aufwand, so die Trägervereinsvorsitzende. Da sei die Politik gefordert; genauso wie bei einer möglichen Erweiterung aufgrund der steigenden Nachfrage. „Wir können als Trägerverein mit ehrenamtlichen Kräften nicht mehr stemmen, da muss dann die öffentliche Hand eingreifen“, unterstreicht Schäuble.

31 Menschen 2018 von (Ex-)Partner getötet

Die zunehmende Nachfrage erklärt sie sich mit mehreren Faktoren. Einer davon sei auch die Migrationswelle. Viele Frauen aus patriarchalisch geprägten Ländern lernten erst in Deutschland, dass es nicht normal sei, häusliche Gewalt zu ertragen und würden sich deshalb erst hier dazu durchringen, aufzubegehren. Des-

halb sei es, so Schäuble, sehr wichtig, das Angebot der Frauenhäuser immer weiter publik zu machen und in die Breite der Gesellschaft zu tragen.

Alles in allem wurden in 12 125 Fällen laut der Polizeilichen Kriminalstatistik im Jahr 2018 Männer und Frauen Opfer von Attacken von Partnern oder Ex-Partnern – darunter 2 233 Fälle, in denen Männer die Opfer sind. Die Zahl der Fälle ist im fünften Jahr in Folge gewachsen – der generelle Zuwachs beträgt 9,5 Prozent. 27 Frauen und vier Männer wurden im vergangenen Jahr von Partnern oder Ex-Partnern getötet.

Im Bezirk des Polizeipräsidiums Offenburg – Landkreis Rastatt, Stadtkreis Baden-Baden und Ortenaukreis – wurden im Bereich der 21- bis 59-jährigen 587 Fälle von häuslicher Gewalt im Jahr 2018 er-

fasst. Das waren 54 mehr als im Jahr davor, wie Polizeioberkommissar Rüdiger Schaupp gegenüber dem BT erläutert.

Die wachsende Gewalt lässt sich landesweit insbesondere mit einem Anstieg der leichten Körperverletzungen – Taten, die keine stationäre Behandlung erfordern – erklären. Deren Fallzahl ist von 7010 im Jahr 2014 auf 7824 im Jahr 2018 gestiegen – ein Plus von 11,6 Prozent. Laut Innenministerium kann sich in diesen Werten auch ein – dank Aufklärungsarbeit und Veranstaltungen wie dem landesweiten Tag des Opferschutzes – verändertes Anzeigeverhalten niederschlagen. Auch Sozialpädagogin Bosch von der Koordinierungsstelle sagt: „Die Dunkelziffer ist noch sehr groß. Aber Beratungsstellen, Öffentlichkeitsarbeit und Prävention in Schulen haben das Thema aus der Tabuzone rausgeholt.“

Die Gießener Kriminologin Britta Bannenberg sieht in den Zahlen nur die Spitze des Eisbergs: „Gewalt gegen Frauen ist ein sehr verbreitetes Phänomen, das selten angezeigt wird.“ Für die Frauen sei es auch wichtig für eine Anzeige, an geschultes Personal der Polizei zu geraten. „Beamte mit der notwendigen Sensibilität gibt es viel zu wenig.“

Auf dieser Ebene sowie auch bei den Staatsanwaltschaften würde mehr Personal dazu beitragen, dass die Frauen sich ernster genommen fühlen und damit ermuntert würden, bis zum Gerichtstermin bei ihren Aussagen zu bleiben. Denn die emotionale Bindung sei oft ein Problem, die Betroffene dazu bewegte, Aussagen zurückzuziehen oder dem Partner noch eine zweite Chance zu geben, was erstens die Ermittlungen erschwere und zweitens oft zu Wiederholungstaten führe, verdeutlicht der Offenburger Polizist Rüdiger Schaupp.

Die Zahl der schwer verletzten Männer lag im Land im vergangenen Jahr mit 20 (2017: 26) auf dem niedrigsten Niveau der vergangenen vier Jahre. Auch bei den Frauen war der Wert mit 118 niedriger als im Vorjahr (2017: 125) und entsprach der Zahl von 2016.